

## Stellungnahme von Joachim Poß, MdB zum Bericht der WAZ Gelsenkirchen „Ja zur Wahl, aber die Kandidaten ...“

Es hat mich sehr erstaunt zu lesen, dass der Einsatz für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) von einigen Schülern anscheinend bei der CDU verortet wird.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, daran zu erinnern, dass das BAföG 1971 von der SPD-geführten Regierung unter Willy Brandt eingeführt wurde, und zwar als Vollzuschuss, und dass damit auch erstmals ein Rechtsanspruch auf Förderung garantiert wurde. Nach dem Regierungswechsel 1982 hat die CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl dann die Umstellung des BAföG auf Volldarlehen vorgenommen, was für mit Höchstsatz geförderte Studierende zu bis zu 70.000 DM an BAföG-Schulden führte. Außerdem wurde die Förderung unter Helmut Kohl immer weiter zurückgefahren, so dass 1998 nur noch knapp 13 Prozent der Studenten BAföG erhielten.

Dies änderte sich dann mit dem Regierungswechsel zur rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die 2001 eine Reform beschloss und die Einschränkungen der Kohl-Regierung weitgehend rückgängig machte. Schon 2003 erhielten mehr als 25 Prozent der Studenten eine Unterstützung aus dem BAföG.

Seither war es stets die SPD, die sich immer wieder für Verbesserungen und Erhöhungen der Fördersätze eingesetzt hat.